Haldensleben, den 21.02.2014

Niederschrift
über die 68. Tagung des Bauausschusses der Stadt Haldensleben am 19.02.2014, von 17:00 Uhr bis 20:15 Uhr
im Rathaus der Stadt Haldensleben, Markt 22, Sitzungssaal

Anwesend: siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung:
I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Evtl. Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschriften über die Tagungen vom 06.11.2013, 20.11.2013 und 15.01.2014
4. Vorstellung Ausbau der Steinstraße 2014
5. Vorstellung Planung Aller-Elbe-Radweg, TA XII
6. Baubeginn Wohngebiet "Kleine Schützenstraße" durch Erschließungsträger - zur Information
7. Erweiterung Tempo 30 Zone in der Rottmeisterstraße
8. Bericht über den Baufortschritt in der GS "E. Kästner"
9. Mitteilungen
10. Anfragen und Anregungen

II. Nichtöffentlicher Teil

11. Evtl. Einwendungen gegen den nichtöffentlichen Teil der Niederschriften über die Tagungen vom 06.11.2013, 20.11.2013 und 15.01.2014
12. private Baumaßnahme
13. Auftragsvergaben
14. Mitteilungen
15. Anfragen und Anregungen

I. Öffentlicher Teil

zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Ausschussvorsitzende Regina Blenkle eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt. Zu diesem Zeitpunkt sind 6 Ausschussmitglieder und Frau Schmidt, sachkundige Einwohnerin, anwesend. Stadtrat Guido Henke wird durch Stadtrat Josef Franz vertreten. Der Ausschuss ist somit beschlussfähig.

zu TOP 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt. Damit ist die Tagesordnung so angenommen.

zu TOP 3 Evtl. Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschriften über die Tagungen vom 06.11.2013, 20.11.2013 und 15.01.2014

Zum öffentlichen Teil der Niederschriften über die Tagungen vom 06.11.2013, 20.11.2013 und 15.01.2014 bestehen keine Einwände.

Frau Schmidt, sachkundige Einwohnerin, teilt mit, dass sie die Niederschriften über die Sitzungen am 06.11.

und 20.11. 2013 nicht erhalten habe. *Frau Schmidt sollen noch die fehlenden Niederschriften zur Verfügung gestellt werden.*

zu TOP 4 Vorstellung Ausbau der Steinstraße 2014

Bauamtsleiter Krupp-Aachen teilt einleitend mit, dass das Projekt ausführlich im Bauausschuss am 18.01.12 vorgestellt wurde. In der anschließenden Bürgerversammlung wurde eine Entwurfsvariante favorisiert. Im vergangenen Jahr konnte wegen der noch nicht bewilligten Fördermittel die Maßnahme noch nicht realisiert werden. Die Verwaltung werde in Kürze die Ausschreibung für dieses Projekt einleiten. Aufgrund der aktuellen Probleme mit den Natursteinmaterialien Grauwacke habe die Verwaltung von der letzten Vorstellung bis heute neue Erkenntnisse gewonnen. Beabsichtigt sei von daher eine geringfügige Abweichung bezüglich der Materialien, die den Ausschussmitgliedern heute vorgestellt werden soll. Es liegen 2 Materialproben aus und die Ausschussmitglieder sollten entscheiden, welches der Materialen für die Steinstraße zur Anwendung kommen sollte. Frau Braunsberger werde dazu heute noch Erläuterungen geben. Des Weiteren habe die Verwaltung noch einmal über das kleinteilige Plattenband nachgedacht und ist zu dem Ergebnis gekommen, erneut die zweite Variante vorzustellen und dann möglichst mit dem Votum des Bauausschusses in die Realisierung zu gehen.

Die Variante, die Frau Braunsberger heute vorstellt, entspricht der Variante, die dem Ausschuss bereits vorgestellt worden ist und mit den Bürgern abgestimmt wurde. Die Fahrbahn ist ca. 4,25 m breit, rechts und links die Gosse, daran schließt sich ein Rundbord aus Naturstein mit 3 cm Ansicht an sowie 2 unterschiedlich breite Nebenanlagen. Unmittelbar hinter dem Bordstein, also nur durch einen Pflasterstein getrennt, verläuft entsprechend der zur Verfügung stehenden Breite ein zwei- bzw. einseitiges Plattenband. Problematisch an diesem Entwurf ist, dass die Abwasser-, Schmutzwasserhausanschlüsse und Schächte evtl. nicht in den schmalen Seitenbereichen untergebracht werden können und dann in das Plattenrand ragen. Weiterer Nachteil ist, dass das Plattenband sehr dicht am Bord verlaufen würde und dadurch der Schutzstreifen, der für den Bürger den Abstand zur Fahrbahn darstellt, sehr gering ist und mit diesem Plattenband sehr schlecht ein Höhenausgleich vorgenommen werden kann. Pflastersteine könne man gefälliger zu den entsprechenden Seitenrändern anformen. Deshalb werde vorgeschlagen, die gesamte Aufteilung des Straßenraumes so zu belassen, aber dort, wo es möglich ist, zwei Plattenbänder anzuordnen, ansonsten besser zwischen dem Bord und der Platte einen 20 cm breiten Streifen zu lassen. D.h., 2 Kleinpflastersteine zu verlegen, dann eine 50er Platte anzuordnen und die Differenzfläche zu den Grundstücken bzw. Häusern auch wieder mit einem gut begehbaren Kleinpflaster auszugestalten. Diese Variante habe den Vorteil, dass man besser an den Stufen vorbeikommt, sonst hätte man die Platten teilweise dort schneiden müssen, was gerade in Bereichen der Natursteinstufen kein gutes Bild abgibt. Weiterhin würden die Platten, wenn diese weiter vom Bord weg sind, nicht so schnell überfahren werden und wären dadurch besser geschützt (nachhaltigeres Bauen). Eine weitere Abweichung betreffe die Fahrbahn. Entgegen der damaligen Variante sei es nunmehr geplant, einen Diagonalverband einzusetzen. Bei einem Diagonalverband lassen sich die Steine besser verlegen und optisch sei dies ebenfalls eine zufriedenstellende Lösung.

(Stadtrat Ralf W. Neuzerling kommt gegen 17.10 Uhr hinzu – 7 Ausschussmitglieder anwesend.)

Stadtrat Dr. Schulze würde interessieren, ob sich dies kostenmäßig auswirkt. Seines Erachtens werde auch der Diagonalverband für bestimmte Geschwindigkeiten nicht so belastbar sein, wobei das bei der Steinstraße nicht die Rolle spielen werde. Diese kurze Strecke werde keiner mit 100 km/h entlang fahren.

Stadtrat Rüdiger Ostheer fragt nach der Straßenbeleuchtung.
Die alten Straßenleuchten werden einen neuen Farbanstrich erhalten und dann an den bisherigen Standorten wieder montiert, gibt Frau Braunsberger zur Antwort.

Stadtrat Manfred Blume merkt an, dass aus der Bevölkerung der Hinweis kam, dass man das Pflaster, wie es in der Holzmarktstraße und in der Langen Straße verlegt wurde, nicht mehr verwenden sollte. Dieses Pflaster führe beim Fahrradfahren etc. zu Problemen.

Sodann schauen sich die Ausschussmitglieder die 2 Varianten des Granits an, das für den Dialogverband in der Fahrbahn verwendet werden soll.
1. Variante –Granit aus Portugal
2. Variante –Granit aus China
Bauamtsleiter Krupp-Aachen erläutert den Ausschussmitgliedern die Vor – und Nachteile der Materialien.

Stadtrat Ralf W. Neuzerling hinterfragt, ob es richtig ist, dass es kostenmäßig keinen allzu großen Unterschied macht, ob man den Granit aus Portugal oder den aus China wählt.

Der Differenzbetrag liegt bei 11,0 TEuro auf der gesamten Ausbaustrecke. Der Granit aus Portugal ist teurer als der aus China, so Ausschussvorsitzende Regina Blenkle.

Auf die Frage von Stadtrat Ralf W. Neuzerling nach der Umweltbilanz bei dem chinesischen Granit antwortet Bauamtsleiter Krupp-Aachen, dass dies nicht beurteilt werden könne, es gibt keine Informationen dazu.

Nach Auffassung von Stadtrat Ralf W. Neuzerling sollte der Granit aus Portugal zum Einsatz kommen, auch wenn dieser etwas teuer ist, allein aus dem Gesichtspunkt heraus, dass die Stadt es nicht unterstützen sollte, dass die Steine durch die ganze Welt transportiert werden, wie beim Marktplatz.

Ausschussvorsitzende Regina Blenkle habe bei dieser Art Steine generell Probleme. Oftmals kommen die sogenannten europäischen Steine aus Ländern, wo in der Konsequenz Kinder daran arbeiten. Dies werde man sicherlich nie ausschließen können. Die Frage wäre, gibt es eine Alternative? Gut wäre es, wenn zukünftig in solche Richtungen auch mit geguckt werden könnte. Für sie ist der Portugiese auch nur ein Zwischenhändler.

Die Mitglieder des Bauausschusses sprechen ihre Empfehlung zu der geänderten Variante, die heute von Frau Braunsberger vorgestellt wurde, aus.
Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

Die Mitglieder des Bauausschusses sprechen sich weiterhin für den Granit aus Portugal aus.
Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen
Aufgrund dieses Abstimmungsergebnisses erübrigt sich eine Abstimmung über den chinesischen Granit.

zu TOP 5 Vorstellung Planung Aller-Elbe-Radweg, TA XII

Zu diesem TOP wird Herr Ritter begrüßt, der die Planung für den Aller-Elbe Radweg, TA XII (von der Steinbruchstraße entlang der Ruine Nordhusen bis zur sogenannten KAP-Straße) vorstellt.

Es sind folgende Baumaßnahmen geplant:
- vom ausgebauten Ende der Steinbruchstraße bis zur Parkplatzzufahrt - Aufbringen einer 4,0 m breiten Ausgleichsschicht aus Schotter und einer 3,0 m breiten Asphalttragdeckschicht in Bereichen mit höhenmäßigen Zwangspunkten grundhafter Ausbau (Anschluss an Pflasterstraße),
- von der Zufahrt zum Parkplatz bis zur Ruine Nordhusen - Aufbringen einer 3,0 m breiten Ausgleichsschicht aus Schotter und einer 2,0 m breiten Asphalttragdeckschicht
- grundhafter Ausbau der Strecke von der Ruine Nordhusen bis zum landwirtschaftlichen Weg nach Bebertal mit einer 3,0 m breiten Schottertragschicht (inkl. Bankett) und einer 2,0 m breiten Asphalttragdeckschicht
- Andecken der Seitenräume mit Mutterboden und Rasenansaat,
- Ausgleich- und Ersatzmaßnahmen für den Eingriff in den Naturhaushalt
- Kennzeichnung des Wegeverlaufes

Parameter des Wegebaus: Länge des Radwegabschnittes: 1,2 km, Höhen von 71m ü. HN bis 82m ü. HN - Die tiefste Stelle befindet sich im Bereich der Beberbrücke bzw. Beberfurt mit 71m ü. HN, Hochpunkte befinden sich an der Ruine Nordhusen mit 80m ü. HN und am landwirtschaftlichen Weg nach Bebertal mit 82m ü. HN - Überwindung des Höhenunterschieds nördlich der Ruine Nordhusen mittels einer Rampe im Einschnitt

Da Ausschussvorsitzende Regina Blenkle sehe, dass es von den anwesenden Gästen Redebedarf gibt, fragt sie, ob den Gästen Rederecht erteilt werden soll. *Dem widerspricht kein Ausschussmitglied.*

Christian Knopf stellt sich die Frage, warum der Weg befestigt werden muss. Er fand den Weg so naturbelassen wie er ist eigentlich ganz schön.

Bauamtsleiter Krupp-Aachen führt aus, dass in den letzten 2, 3 Jahren der Radtourismus auch in Haldensleben zugenommen hat. Man sieht häufig Fahrradtouristen auf dem Marktplatz, es ist eine intensive Belegung der Jugendherberge von Radtouristen zu verzeichnen. Diese Radtouristen nutzen zum einen natürlich den Europaradweg entlang der Elbe und das Ziel des LSA ist, dass man zwischen dem großen Elberadweg und den Aller-Rad-

weg eine Verbindungsspange schafft und das ist der Aller-Elbe-Radweg. Der ist fester Bestandteil auch in allen touristischen Radwegekarten und der Radtourist hat einfach den Anspruch, relativ komfortabel auch mit dem Rad fahren zu können. Eine unbefestigte Wegedecke werde über kurz oder lang zu erheblichen Problemen führen und dann werde der Weg auch nicht mehr angenommen.

Wie soll verhindert werden, dass von der KAP-Straße PKW`s in den Radweg einbiegen? Stadtrat Josef Franz würde vorschlagen, mitten auf dem Radweg ein Hindernis aufzustellen, wie z. B. an der Lindenallee.
Dieses Problem werde man nach dem Ausbau straßenverkehrsrechtlich lösen müssen, äußert Dezernent Otto. Die gemeinsame Ausweisung Radweg und Straßenverkehr werde an der Stelle nicht funktionieren.

Ausschussvorsitzende Regina Blenkle verweist auf die Bauausschusssitzung am 12.März, zu der die Straßenverkehrsbehörde und die Polizei eingeladen sind. Vielleicht könne hier noch einmal diese Problematik angesprochen werden.

Womit begründet die Denkmalbehörde, dass man bei dem Hang eine Rampe bauen muss? Nach Auffassung von Stadtrat Bodo Zeymer störe so ein kleiner Hang doch keinen. Weiterhin fragt er, welche Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen als Kompensation angedacht sind.

Zu der Rampe erwähnt Bauamtsleiter Krupp-Aachen, dass die Archäologie den Hohlweg, der eine geschichtliche Wegebeziehung darstellt, weiter aufrechterhalten möchte. Diese Wegebeziehung soll erlebbar bleiben. Durch den geplanten Auftrag und den kleinen Einschnitt verringere man die erhebliche Steigung in diesem Bereich, die jetzt immer noch 12 % hat.

Stadtrat Bodo Zeymer sei das nicht erklärlich, der Hohlweg bleibt auf jeden Fall erhalten, wobei dieser Weg für ihn nicht als historischer Hohlweg erkennbar ist.

Herr Ritter fügt hinzu, dass 2 Varianten untersucht wurden. Ursprünglich war vorgesehen, eine Art Treppe einzubauen, was aber nicht so günstig wäre. Daraufhin ist man auf die Idee einer Rampe gekommen, die für die Stadt eigentlich die bessere Variante ist.

Zu den Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen teilt Herr Ritter mit, dass u.a. festgestellt wurde, dass dort seltene Singvögel ansässig sind. Diese benötigen „Sitzwarten“ und deshalb sind dort in bestimmten Abständen Eichenpfähle vorgesehen. Die eigentliche Ausgleichs- und Ersatzmaßnahme ist das Anlegen eines 620 qm Laubmischwaldes (Eichen und Hainbuchen) gegenüber dem Technischen Denkmal Ziegelei. Dort ist bereits ein Teil eingezäunt und diese Fläche wird ergänzt.

Stadtrat Dr. Ulrich Schulze übernimmt die Leitung der Sitzung, da die Ausschussvorsitzende kurzzeitig den Raum verlassen muss.

Stadtrat Dr. Ulrich Schulze denke, dass die Landwirtschaftsstraße dann als zweiter Radweg genutzt wird. Diese Straße ist in einem schlechten Zustand. Ist es geplant, dass diese auch einmal instandgesetzt wird?

Selbstverständlich wird die KAP-Straße auch ausgebessert werden müssen, aber derzeit bestehe keine Veranlassung dazu, so Dezernent Otto.

<u>zu TOP 6</u> **Baubeginn Wohngebiet "Kleine Schützenstraße" durch Erschließungsträger - zur Information**

Dieser TOP diene nur der Information, damit die Stadträte bei Bedarf Auskunft geben können, führt Bauamtsleiter Krupp-Aachen aus. In den letzten Jahren habe in dem Wohngebiet „Kleine Schützenstraße“ zunehmend eine Bebauung stattgefunden. Die Straßenbaumaßnahmen dürfen erst abgeschlossen werden, wenn 70 % der Hochbauten realisiert sind, damit die neuen Straßen durch die Bautätigkeiten auf den einzelnen privaten Grundstücken nicht in Mitleidenschaft gezogen werden. Mittlerweile sind 70 % der Hochbautätigkeiten in diesem Bereich abgeschlossen. Der Erschließungsträger werde jetzt die Erschließungsanlage fertig stellen. Mit den Arbeiten wurde vor 2 Wochen begonnen. Ein örtliches Bauunternehmen hat für den Erschließungsträger diese Leistungen übernommen. Die geplante Bauzeit ist bis zum 31.03.2014 vorgesehen. Möglicherweise werde die Straßenbeleuchtung aufgrund der Lieferfristen bis zum 31.03. noch nicht fertig gestellt sein. Hier kommen LED-Lampen zum Einsatz.

(Ausschussvorsitzende Regina Blenkle übernimmt wieder die Leitung der Sitzung)

zu TOP 7 Erweiterung Tempo 30 Zone in der Rottmeisterstraße

Ausschussvorsitzende Regina Blenkle begrüßt die anwesenden Vertreter der GS „Geb. Alstein“ (Schulleiter, Lehrer, Eltern) und fragt, ob ein Vertreter der GS sich zu dieser Thematik äußern möchte.
Herr Blaschke, Schulleiter der GS „Geb. Alstein“ teilt mit, dass die Elternschaft im Vorfeld der ersten Elternversammlung des Schuljahres 2013/14 auf ihn zukamen und mitgeteilt haben, dass sie sehr große Probleme für ihre Kinder sehen im Hinblick auf die Bushaltestelle (viele Kinder nutzen den Bus) und den Verkehr in der Rottmeisterstraße. Viele Verkehrsteilnehmer würden relativ zügig an der Schule vorbeifahren. Er habe gesagt, das könne er nicht entscheiden, nicht beantragen, sondern es müssten dann alle Eltern befragt werden, ob sie das auch so sehen. In der Elternversammlung gab es dann ein positives Votum. Es wurde ein Brief verfasst, der an die Verwaltung weitergeleitet wurde. Am 04. November fand eine Gesprächsrunde mit Herrn Otto als Vertreter der Stadt statt. Heute sind sie nun im Ausschuss vorstellig mit der Bitte, die 30er-Zone auf die Rottmeisterstraße auszuweiten, so dass die Eltern, Pädagogen entspannt den Schulweg der Kinder beobachten können.

Ausschussvorsitzende Regina Blenkle fragt, weshalb der Brief nicht an die Stadträte weitergeleitet wurde.

Dazu sah die Verwaltung keine Veranlassung, da der Brief an den Bürgermeister gerichtet war, so Dezernent Otto. Von daher hat der Bürgermeister auch den ersten Schritt unternommen, zunächst einmal festzustellen, wie sich die Situation darstellt und heute werde das Anliegen im Ausschuss als solches behandelt.

Ausschussvorsitzende Regina Blenkle bittet, den Brief dem Protokoll beizufügen. Zudem interessiert sie, was angedacht ist, wie weiter verfahren werden soll.

Dezernent Otto schildert, dass es einen Generalverkehrsplan für die Stadt Haldensleben gibt. Im Jahr 2005 wurde für die Innenstadt eine Tempo-30-Zone eingeführt, die sich nach erheblichen Anfangsschwierigkeiten gut entwickelt habe. Diese Zone wurde im vergangenen Jahr erweitert und ergänzt um eine Parkzone Innenstadt, nachdem der Bundesgesetzgeber dafür die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen hatte. Im Zusammenhang mit dieser grundsätzlichen Entscheidung hatte es seinerzeit der Bauausschuss für richtig befunden, die Rottmeisterstraße als innerörtliche Verbindungsspange von der Gerikestraße zur Magdeburger Straße von der Tempo-30-Zonen-Regelung auszunehmen. Nachdem die Ausweitung der Tempo-30-Zone bis zur Köhlerstraße mit Ausnahme der Rottmeisterstraße im vergangenen Jahr durchgeführt worden war, gab es die Befürchtungen bzw. gibt es die Befürchtungen von Eltern mit Kindern an der GS „Gebr. Alstein“, dass es hier doch evtl. einmal zu einem Unglück kommt, weil die Verkehrsteilnehmer zu schnell, zu unachtsam sein könnten. In der Beratung im November mit den Eltern hatte er die Situation erläutert und auf der anderen Seite allerdings zu Bedenken gegeben, dass der Verkehr, soweit das bisher wahrgenommen werden konnte, durchaus nicht mit hoher Geschwindigkeit durch die Rottmeisterstraße fließt, sondern dass sich das im Rahmen hält. Die Verwaltung habe angeboten, in Vorbereitung einer Behandlung im Bauausschuss zunächst einmal die Geschwindigkeitsmesstafel aufzustellen, um festzustellen, wie schnell die Autos hier tatsächlich fahren. Die Messtafel ist noch im alten Jahr aufgestellt worden und die Mitarbeiter der Stadtwache haben zwischen dem 08. und 31. Januar an allen Schultagen jeweils zwischen 7.10 Uhr und 7.45 bzw. 13.00 und 13.30 in etwa festgestellt, wie viel Fahrzeuge in dieser Zeit durch die Rottmeisterstraße fahren und mit welchen Geschwindigkeiten. Die Ergebnisse werden dem Protokoll beigefügt (siehe Anlage). Zusammenfassend könne er sagen: An den 18 Tagen zu den Zeiten wie eben benannt sind auf dieser Straße 2.142 Fahrzeuge unterwegs gewesen. Von diesen Fahrzeugen sind 549 unter oder einschließlich 30 km/h gefahren, also ¼ dieser Fahrzeuge, die dort in dieser Zeit lang gefahren sind, sind langsamer als 30 km/h gewesen. 30 Fahrzeuge sind schneller gefahren, nämlich 51 – 62 km/h. Der schnellste war ein Motoradfahrer. Die meisten Fahrzeuge, also 1.563 sind zwischen 30 und 50 km/h gefahren und davon wiederum der größte Teil unter 40 km/h, nämlich 1.147. Man könne also feststellen, dass ein verschwindend geringer Teil schneller als 50km/h fährt (30 Fahrzeugführer von 2.142). Das würde auf der einen Seite erst einmal das bestätigen, was vermutet wurde. Es ist keine Rennstrecke, wobei in dieser Zeit überwiegend trockene klare Fahrbahnverhältnisse zu verzeichnen waren. Weiterhin sei festzustellen, dass in den Morgenstunden, in denen es jetzt im Januar noch dunkel war, die Geschwindigkeit insgesamt deutlich geringer ist als mittags. Insofern kann man annehmen, wenn die Messungen in den Sommermonaten durchgeführt worden wären, hätte man wahrscheinlich insgesamt höhere Werte. Aber es ist nicht so, dass gerast wird in der Rottmeisterstraße. Von daher sehe die Verwaltung das Ansinnen der GS „Gebr. Alstein“ völlig leidenschaftslos. Es war damals der Wunsch der Unteren Straßenverkehrsbehörde, er meine auch der Polizei und des damaligen Bauausschusses, diese Verbindungsspange mit einer normalen innerörtlichen Geschwindigkeit von 50 km/h zuzulassen. Wenn jetzt festgestellt wird, dass die Geschwindigkeit durchschnittlich geringer ist, wird man ohne weiteres auch darüber reden können, hier die

Tempo-30-Zone durchgängig zu machen. Dies hätte sogar den Vorteil, Verkehrsschilder einsparen zu können. Es liegt jetzt an dem Bauausschuss, darüber zu befinden.

Ausschussvorsitzende Regina Blenkle merkt kritisch an, dass sie sich gewünscht hätte, dass den Stadträten im Vorfeld der Brief und die Messauswertungen zur Verfügung gestellt worden wären. Dann hätte heute auf einer anderen Basis diskutiert werden können. Vor nicht all zu langer Zeit wurde auch erst in der Köhlerstraße die Tempo-30-Zone wegen der Kindereinrichtung eingerichtet. Was dem einen recht ist, sollte dem anderen billig sein. Die Befürchtungen der Eltern haben zumindest bei ihr immer einen sehr großen Stellenwert, denn wenn erst ein Kind zu Schaden gekommen ist, dann ist sprichwörtlich „das Kind in den Brunnen gefallen“. Sie plädiere sofort dafür, auch die Rottmeisterstraße als Tempo-30-Zone auszuweisen.

Stadtrat Bodo Zeymer habe noch keine vernünftigen Argumente gehört, die gegen eine Tempo-30-Zone sprechen würden.

Dem möchte Dezernent Otto widersprechen. Zum einen habe der damalige Bauausschuss dafür votiert, dass es hier diese Regelung 50 km/h gibt und die Verwaltung fühle sich an Empfehlungen und Beschlüsse des Stadtrates gebunden, solange sie bestehen. Zum anderen möchte er an die Diskussionen im Hinblick auf den Ausbau der Kolonie erinnern. Für den Ausbau der Kolonie als eine Straße mit starkem innerörtlichem Verkehr habe die Stadt Fördermittel erhalten. Im Umkehrschluss durfte es hier keine Anordnung Tempo-30 geben, ansonsten hätte das Land dafür keine Mittel zur Verfügung gestellt. Der Gesetzgeber und das Land gehen davon aus, wenn eine Straße nicht dem starken innerörtlichen Verkehr dient, kann sie eine Tempo-30-Regelung vertragen und wenn ein starker innerörtlicher Verkehr durchgeleitet werden soll, dann soll dieser auch fließen können und dem steht rechts vor links entgegen. Da für den Ausbau der Rottmeisterstraße damals auch Fördermittel geflossen sind, müsste vorher geprüft werden, ob die Fördermittelbindung hier gegebenenfalls gegen die Ausweisung einer Tempo-30-Zone sprechen würde; ob die Stadt nicht Gefahr laufen würde, die Fördermittel zurückzahlen zu müssen ganz oder anteilig. Je nach Votum des Bauausschusses müsste das dann noch geklärt werden.

Stadtrat Bodo Zeymer denke, dass die Fördermittelbindung nicht mehr gültig sein dürfte. Er sei auch dafür, die Rottmeisterstraße als eine Tempo-30-Zone auszuweisen.

Nach Meinung der Ausschussvorsitzenden bestehe jedoch in der Rottmeisterstraße mit der Schule eine gefahrenerhöhende Situation; diese Problematik gibt es in der Kolonie nicht.

Stadtrat Manfred Blume verweist darauf, dass durch den Wohnungsbau im Bereich der ehemaligen Kaufhalle noch mehr Anwohner und Verkehr dazu kommen werde. Er spreche sich ebenfalls für eine Temnpo-30-Zone aus; es sei denn, es müssen tatsächlich Fördermittel zurückgezahlt werden.

Stadtrat Dr. Ulrich Schulze habe grundsätzlich etwas gegen Tempolimits, aber in diesem Fall wäre er auch für eine Tempo-30-Zone. Er sehe hier kein Problem, denn viel schneller fährt man in der Rottmeisterstraße aufgrund der vielen Einmündungen ohnehin nicht. Wer schneller fahren will, kann am Friedhof, d.h. die Althaldensleber Straße entlang fahren. Dort ist 50 km/h erlaubt.

Wenn es keine verkehrstechnischen Probleme gibt, dann würde sich Stadtrat Rüdiger Ostheer auch für die Tempo-30-Zone aussprechen wollen.

Stadtrat Ralf W. Neuzerling erwähnt, dass der Bauausschuss heute nur eine Empfehlung ausspricht. Seines Erachtens müsse es eine Vorlage für den Stadtrat geben.

Dies verneint Dezernent Otto. Das ist reines Verwaltungshandeln. Der Bürgermeister könnte so oder so entscheiden. Aber es wurde hier im Ausschuss, so lange er denken kann, immer so verfahren, dass der Ausschuss eine Empfehlung ausgesprochen hat.

Die Mitglieder des Bauausschusses empfehlen, für die Rottmeisterstraße eine Tempo-30-Zone festzulegen. Die Verwaltung wird in diesem Zusammenhang beauftragt, mit dem Land Sachsen-Anhalt die Fördermittelthematik zu dem vorangegangenen Ausbau der Rottmeisterstraße zu klären.
Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme

zu TOP 8 **Bericht über den Baufortschritt in der GS "E. Kästner"**

Bauamtsleiter Krupp-Aachen zeigt anhand einer Präsentation zuerst einige Bilder über die GS „E. Kästner“ vor der Sanierung der Schule. Danach zeigt er Bilder nach der Fertigstellung sowie Bilder darüber, was sich bisher getan hat.

Zusammenfassung: Der aktuelle Stand und geplante Arbeiten ……..

- Geplanter Baubeginn Sommerferien15.07.2013
- Genehmigung vorzeitiger Maßnahmebeginn am 29.5.13
- Ausschreibung erster Gewerke, VM nur für vorbereitenden Arbeiten, wie Abbruch und Deinstallationsarbeiten, sowie die Kunststofffenster und Dach- und Gerüstarbeiten
- Eingeschränkter Baubeginn am 05.August 2013, für Abbruch- und Deinstallationsarbeiten der Haustechnik
- Einbau der neuen Fenster ab Oktober
- Übergabe Zuwendungsbescheid am 10. Okt. 2013
- Beginn Rohbauarbeiten am 09.12.2013
- nach dem Abbruch der Gewände in den Achsen D 6-9 (EG -3. OG) Zum 14.02.2014 Einbau der Kunststofffenster im 1. BA zu 80% ausgeführt.
- Vorbereitungsarbeiten im Kellergeschoss für die Herstellung der Einzelfundamente abgeschlossen
- Rohinstallation der Sanitärinstallation in den Unterrichtsräumen ist begonnen
- 8. KW Beginn der Trockenbauarbeiten, Vorinstallationen der Unterhangdecken, Ständerwerke in den herzustellenden Sanitärräumen und Verkofferungen in den Klassenräumen und Fluren für die Haustechnik
- Fertigstellung der Rohinstallation in den Sanitärräumen ist bis 14.03.2014 vorgesehen

Anstehende Arbeiten bis März/April 2014
Rohbauarbeiten: Fertigstellung der Einzelfundamente, Fertigstellung der Schneidarbeiten und Montagearbeiten für die Stahlrahmen der Wanddurchbrüche, - Herstellen von Fensteröffnungen in Achse C/4-6, 2. OH, sowie in Achse B-C/4 und Achse B-C/6 im 1.+2. OG, Gründung Aufzugsschacht und Schachtwände EG, Anarbeitung Estrich in den Klassenräumen, 1. BA, Beginn Beiputzarbeiten
Gerüstbauarbeiten: Beginn der Arbeiten für den gesamten 1. BA, also die Achsen C-D/1-9 für die 10.KW geplant, bei entsprechender Witterung
Metallbauarbeiten: Metallbaufensterelemente zum Mehrzweckraum im 1. + 2. OG, ab 8.KW
Dachabdichtungsarbeiten: Beginn der Arbeiten in der 11.KW, bei entsprechender Witterung
Fassadenarbeiten: Ausführungsbeginn 13. KW, bei entsprechender Witterung
Heizungsinstallation: Demontageleistungen für die im 1. BA sind abgeschlossen, 8. KW Beginn der Rohinstallation der Kellerverteilung und Steigestränge, bei erneutem Dauerfrost ist eine Bauheizung vorgesehen, um weitere Baubehinderung aufgrund von Witterungseinflüssen zu minimieren, Abschluss Rohinstallation der Kellerverteilung und Steigestränge zum 24.03.2014, Beginn der Heizkörperanbindeleitungen sowie der Heizkörpermontage am 24.03.14, Fertigstellung geplant zum 11.04.2014, Verlegung der Fußbodenheizung und Heizkreisverteilung im EG, voraussichtl. zum 24.03.2014
Sanitärinstallationsarbeiten: Beginn der Vorinstallation für die mechanische Lüftung und der Schlitzarbeiten für die Steuerleitung in der 10. KW in den Unterrichtsräumen, der Einbau der Ventilatoren erfolgt in Absprache mit der Ausführung der WDVS- Fassade, Vorbereitende Arbeiten für den Einbau der Brandschutzventile bzw. Brandschutzklappen der Sanitärräume im 1. BA ab dem 14.03.2014 vorgesehen
Elektroinstallationsarbeiten: Demontageleistungen im 1. BA abgeschlossen, Schlitzarbeiten in den Etagen 1.- 3. OG bis zur 9. KW abgeschlossen, Beginn der Leitungsverlegung ab dem 1. März im 3. OG, Abschluss der Grundinstallation in der 14. KW
Abschluss des 1. BA zum 28. Mai 2014, Fertigstellung der Baumaßnahme zum 30. November 2014

Ausschussvorsitzende Regina Blenkle fragt, ob den Gästen Rederecht erteilt werden soll. *Dem stimmen die Ausschussmitglieder zu.*

Frau Reincke, die als Gast anwesend ist, teilt mit, dass sie in der vorigen Woche in der Volksstimme gelesen hat, dass sich der Schul-, Sozial-, Kultur- und Sportausschuss mit dem Neubau eines Kindergartens beschäftigt. Gehört diese Thematik nicht in den Bauausschuss?

Eigentlich schon, gibt Ausschussvorsitzende Regina Blenkle zur Antwort. Sie gehe davon aus, dass das Thema in einer der nächsten Sitzungen behandelt werde.

Dies verneint Dezernent Otto. Was Frau Reincke in der Zeitung gelesen habe, beziehe sich auf die Anmeldung von Fördermitteln für Vorhaben in der Stadt Haldensleben im Rahmen einer Fortführung des STARK III-Pro-

grammes. Das ist letzte Woche im Sozialausschuss Thema gewesen. Die Verwaltung habe hier berichtet, dass die Stadt Fördermittel angemeldet habe für 3 städtische Einrichtungen. Ende des Jahres werde die Stadt wissen, ob alle 3 oder nur 1 oder 2 Vorhaben gefördert werden. Dann wird es erst im Weiteren darum gehen können, ob und wo gebaut wird und erst dann wird die Baumaßnahme als solche auch im Bauausschuss behandelt.

Das STARK III-Programm sieht u. a. vor, so Frau Reincke, dass man auch Neubauten errichten kann, weil diese Plus-Energie-Häuser sind. Inwieweit ist durch die Stadt beabsichtigt, ein sogenanntes Plus-Energie-Haus zu errichten. Was ihr fehle seien auch Ideenwettbewerbe, Realisierungswettbewerbe, Öffentlichkeit, Architekturwettbewerbe. Sie hätte gern einmal gehört, dass die Stadtwerke ein neues Modellprojekt durchführt und sagt sie bauen ein Plus-Energie-Haus für die Kinder, was mehr Energie produziert als es benötigt. Mit diesem Modellprojekt könnte man einen kommunalen Wettbewerb initiieren, wo man sich auch bewerben und auch Fördermittel erhalten kann. Warum ist so etwas noch nie erfolgt?
Dass so etwas noch nie erfolgt sei, könne Dezernent Otto nicht bestätigen. Zuletzt wurde im Zusammenhang mit dem MGH ein entsprechender Architektenwettbewerb ausgelobt. Bei den geplanten städtischen Einrichtungen sei es so, dass die Stadt dafür noch keine konkrete Planung vorliegen habe, sondern erst einmal dabei sei, Fördermittel zu beantragen. Ob es dann im Wege eines auch zeitkostenden vorgeschalteten Wettbewerbes zu einer Realisierung kommt, das werde dann zu entscheiden sein, wenn bekannt ist, ob und wann die Stadt die Vorhaben auf den Weg bringen kann.

Was die Frage nach dem Plus-Energie-Haus betreffe, müsse Bauamtsleiter Krupp-Aachen sagen, dass z.B. für die GS „E. Kästner“ eine intensive Prüfung durchgeführt wurde, inwieweit ein höherer Energiestandard effizient für die Stadt Haldensleben gewesen wäre. Es gibt eine Nachbarschule, bei der dies realisiert wird. In der Bilanz musste festgestellt werden, dass sich das für die Stadt Haldensleben nicht gerechnet hätte. Das ist geprüft worden und alle Beteiligten sind zu dem Ergebnis gekommen, dass das nicht sinnvoll wäre.

Herr Schiefer möchte in seiner Eigenschaft als Elternvertreter der GS „E. Kästner“ mitteilen, dass die Eltern mit dem Baugeschehen relativ unzufrieden sind. U.a. wurde festgestellt, dass sich in den Weihnachtsferien, außer, dass die Lampen gebrannt haben, nach Ansicht vieler Eltern nichts bewegt habe. Weiterhin sei es wiederholt vorgekommen, dass entgegen den Zusagen es auf den Toiletten kein Wasser gab und die Kinder dann in den Pausen oder manchmal auch während der Unterrichtszeit die Toiletten in der Sporthalle nutzen mussten. Keiner habe darauf geachtet, dass die Kinder bei der Kälte sich etwas anziehen; einige Kinder waren dadurch erkältet. Zudem sei es so, dass das Verhalten der Bauarbeiter gegenüber den Eltern nicht dem entspricht, wie es sein sollte. Gestern z.B. habe ein Bauarbeiter einen PKW von einer Mutter, die gerade ihr Kind abgeholt hat, mehr oder weniger über den Haufen gefahren. Als die Polizei kam, waren alle oder ein Teil der Mitarbeiter bzw. Bauleiter, die sich draußen beschäftigten, verschwunden. Auch Frau Lehrmann als Schulleiterin musste sich mehrfach mit Bauleuten auseinandersetzen, weil es irgendwelche Dinge gab, die eigentlich nicht so abgesprochen waren. Die 4. Klasse musste ihre Matheklassenarbeit unterbrechen, weil es aufgrund des Baugeschehens einfach zu laut war. Beide 4. Klassen mussten umziehen in die bereitgestellten Räume für die 2. Klasse in der Wobau. Das seien nur einige Sachen, die an ihn herangetragen worden sind, es gibt sicherlich noch andere Sachen. Die äußerste Rücksichtnahme, die im Vorfeld den Eltern zugesagt worden ist, werde nicht umgesetzt.

Dezernent Otto müsse dazu sagen, dass in der Sitzung des Elternkuratoriums im November, an der die Schul- und die Hortleitung teilnahmen, sich so verständigt wurde, dass, wenn es Probleme gibt, diese unverzüglich der Verwaltung mitgeteilt werden. Ihm sei nicht bekannt, dass von der Schulleitung etwas mitgeteilt worden ist, aber er werde sich morgen kundig machen. Dass eine Klassenarbeit abgebrochen werden musste, das wiederum dürfte eigentlich nicht vorkommen, weil besprochen wurde, dass Klassenarbeiten von vornherein in den Räumen der Wobau durchgeführt werden sollten. Er könne nur vermuten, dass die Schule, aus welchen Gründen auch immer, nicht so verfahren sei und es dann zu diesem Vorfall gekommen sei. Es wurde immer gesagt, es wird nicht ohne Beeinträchtigungen gehen, aber die Beeinträchtigungen müssen zumutbar bleiben und es müssen alle Beteiligten im Rahmen dessen, was irgend geht, Rücksicht nehmen.

Herr Waldmann ergänzt, dass die Schulleitung und er regelmäßig an den Bauberatungen teilnehmen, es wird abgestimmt, wann welche lärmintensiven Arbeiten stattfinden. Dass das nicht einfach wird, wussten eigentlich alle im Vorfeld. Dass es immer mal wieder kleine Abstimmungsschwierigkeiten gibt, ist auch klar, aber dass es hier grundsätzliche Probleme gibt, das sei nicht an die Verwaltung bzw. Bauleitung herangetragen worden.
Den geschilderten „Unfall“ habe Herr Waldmann zufällig beobachtet. Er habe gesehen, dass der Kollege beim Rückwärtseinparken gegen das Nummernschild des PKW der Mutter gerollt ist. Zu sehen war nur, dass das Nummernschild ein bisschen eingebeult war. So etwas kann passieren. Das passiert in der Stadt 50 Mal am Tag. Dass den Bauleuten anzulasten oder auf den Bau zu schieben, könne er nicht so richtig nachvollziehen.

Ausschussvorsitzende Regina Blenkle regt an, dass seitens der Verwaltung Kontakt mit der bauausführenden Firma gesucht wird und hier ein Stück weit auf die Besonderheit, dass es nicht irgendeine Baustelle, sondern eine Gebäude mit laufendem Schulbetrieb ist, hingewiesen wird. Es sollte besondere Achtsamkeit geboten sein.

Auf die Frage von Stadtrat Ralf W. Neuzerling, ob während der Sanierung der GS „E. Kästner“ alle brandschutzrechtlichen Vorschriften lückenlos erfüllt werden, antwortet Dezernent Otto, dass solche Gesichtspunkte im Rahmen der Baugenehmigung auch mit geprüft worden sind. Insoweit werde das eingehalten, was erforderlich ist. Sicherlich sei dies schwierig, man muss mit Zwischenlösungen arbeiten, aber es ist lösbar.

(Stadtrat Bodo Zeymer kommt um 18.40 Uhr wieder hinzu– 6 Ausschussmitglieder anwesend.)

Herr Schiefer wisse, dass damals zugesagt worden ist, dass der Kurzzeitparkplatz vor der Schule den Eltern zum Abholen der Kinder vorbehalten wird und nicht, dass dort Baufahrzeuge stehen.

Dezernent Otto fahre jeden morgen dort entlang und er habe selten den Eindruck, dass dort Baufahrzeuge stehen. Es kommt hin und wieder vor und kann in der Bauberatung immer wieder angesprochen werden, aber in aller Regel stehen dort Eltern. Wie Frau Blenkle richtig anmerkte, müsse man sich vergegenwärtigen, dass es eine besondere Baustelle ist. Von daher müssen alle, einschließlich der Eltern, Rücksicht nehmen So könne man z. B. auch auf dem großen Parkplatz gegenüber dem Rollibad fahren und dort das Kind aussteigen lassen. Man muss nicht bis vor die Tür fahren, dann stellt sich das Problem auch nicht. Den Eltern müsse immer einmal wieder gesagt werden, dass das Problem lösbar ist, wenn alle ihren Beitrag dazu leisten und Rücksicht nehmen.

zu TOP 9 **Mitteilungen**

9.1. Dezernent Otto kommt auf die Aussage der Ausschussvorsitzenden im Zusammenhang mit der Tempo-30-Zone „was dem einen recht ist, soll dem anderen billig sein“ zurück. Die dritte städtische Schule befindet sich auf dem Waldring und er denke nicht, dass hier ebenfalls eine Tempo-30-Zone ausgewiesen werden könne und sollte.

Herr Schiefer erinnert an den Vorschlag, die Bushaltestelle mehr zur Schule hin zu verlegen und einen zweiten Fußgängerüberweg anzulegen. Vielleicht könnte dies im Zuge der Sanierung der GS „E. Kästner“ mit umgesetzt werden.

Es fand ein Ortstermin mit der Unteren Straßenverkehrsbehörde, Polizei und Ohrebusgesellschaft statt, so Dezernent Otto. Es wird im Zuge der Organisation, der Veränderung des öffentliches Personennahverkehrs und des Schulbusverkehrs möglicherweise eine Lösung geben, allerdings nicht in der Form, dass die Bushaltestelle verlegt wird, aber es wird zu einer Verbesserung kommen.

zu TOP 10 **Anfragen und Anregungen**

10.1. Stadtrat Manfred Blume habe eine Bitte und zwar so wie der Ausschuss den Bericht zur GS „E. Kästner“ bekommen habe, würde er gern einen Bericht von der Verwaltung zum MGH (Stand, finanzielle Situation und alles, was im Moment von Wichtigkeit ist) erhalten.

Vorgesehen ist es, dass es im Zusammenhang mit der Terminierung der HUPE (Anfang Mai) eine umfangreiche Information geben wird dann auch vorher im Bauausschuss. Während der HUPE wird es auch die Möglichkeit geben, das Gebäude zu besichtigen, äußert Dezernent Otto.

10.2. Stadtrat Bodo Zeymer fragt nach dem Baufortschritt Sporthalle Zollstraße: Könnte nicht eine schnellere Realisierung erfolgen?

Herr Waldmann berichtet, dass die Bauarbeiten planmäßig laufen. Die Entkernung des Sanitär- und Umkleidebereiches ist erfolgt, es sind die Sanitär- und Elektroinstallationen vorinstalliert, es sind erste Fundamentierungsarbeiten gemacht worden, die Maurerarbeiten fangen an usw. Aufgrund der milden Temperaturen funktioniert im Moment alles ohne große Probleme.

Bei der Küche soll an bestimmten Ausstattungen gespart werden, hinterfragt Stadtrat Bodo Zeymer.

Da das Bauamt für die Ausstattung nicht zuständig ist (wird von der Fachabteilung gemacht) werde Bauamtsleiter Krupp-Aachen beim nächsten Mal berichten, was diesbezüglich angedacht ist.

10.3. Ausschussvorsitzende Regina Blenkle kommt auf das Konzept Haldensleben-Süd zu sprechen. Für die Maßnahme Z 3 – Aufwertung alte Feuerwehr sei alles, wie z. B. die Zeitschiene, noch recht undefiniert. Wann wird die Maßnahme genau untersetzt? Der Verein möchte hier auch eine Schwerpunktsetzung im Bereich des Saales (Fußboden und Lüftung) berücksichtigt haben. Darüber hinaus stelle sich die Maßnahme sowieso etwas komplizierter dar, weil der Stadt Haldensleben noch ein Grundstück von 1000 qm auf dem Gelände der Feuerwehr gehört.

Bauamtsleiter Krupp-Aachen erwähnt, dass der Stadtrat das Konzept beschlossen habe und dieses Grundlage zur Antragstellung der Fördermittel im Förderprogramm Aktive Stadt- und Ortsteilzentren bildet. Die Verwaltung habe bisher für diese Maßnahmen noch keinen Genehmigungshorizont mitgeteilt bekommen. Irgendwann im Spätsommer werde die Verwaltung erfahren, welche Mittel die Stadt im Jahre 2014 und im Jahre 2015, 2016 und 2017 erhält. Alle Maßnahmen, die im Konzept verankert sind, sind gegenwärtig noch nicht bewilligt. Im Haushaltsplan sind die Komplementärfinanzierung und die Fördermittel zwar eingestellt, aber man müsse abwarten, ob die Fördermittel dafür auch bereitgestellt werden. Erst dann könne man mit der Umsetzung der kommunalen Maßnahmen als auch der privaten Maßnahmen rechnen. Mit dem Verein wurde damals besprochen, evtl. die Außenanlagen herzurichten. Dementsprechend ist auch eine Verankerung in der Konzeption vorgenommen worden. Mittlerweile gibt es ein Umdenken; es werde gegenwärtig für erforderlicher gehalten, den Saal instand zusetzen. Das wird sicherlich auch möglich sein, aber die Voraussetzung dafür ist, dass erst einmal vom Ministerium und vom Landesverwaltungsamt eine Bewilligung erfolgt.

Ausschussvorsitzende Regina Blenkle spricht weiterhin das Projekt F 5 – Neugestaltung Dammühlenweg, Daseinsfürsorge für Gesundheit und Familie an. Hier sei auch noch nichts Konkretes untersetzt worden oder ist das mehr Schwerpunkt Kita Regenbogen?

Auch hier treffe das zu, was der Bauamtsleiter eben ausgeführt habe, merkt Dezernent Otto an.
Die einzige Maßnahme, die heraussticht, ist die Einzelbeantragung für das Gemeindezentrum Dieskaustraße, ergänzt Bauamtsleiter Krupp-Aachen. Hier gibt es schon eine klare Positionierung des Landesverwaltungsamtes, dass man dies gern fördern möchte.

Ausschussvorsitzende Regina Blenkle möchte ungeachtet dessen, noch eine Frage zum Projekt S 6 – Große Straße - stellen. Soll dort der Gehweg oder die Straße komplett ausgebaut werden oder was ist dort angedacht? Ihres Erachtens soll die Fahrbahn noch relativ in Ordnung sein.

Bauamtsleiter Krupp-Aachen antwortet, dass die Straßen natürlich in den Abschnitten, wo sie neu gemacht werden sollen, insgesamt neu gemacht werden, einschließlich der Nebenanlage und der Fahrbahn. Dort, wo Straßen instand gesetzt werden sollen, erfolgt es immer komplett Nebenanlagen und Straße.

Ausschussvorsitzende Regina Blenkle fragt, wie sich das mit den Straßenausbaubeiträgen verhält.

Mit dem Förderprogramm Aktive Stadt- und Ortsteilzentren werden die kommunalen Maßnahmen kofinanziert durch Land und Bund, aber nicht der Anteil der Straßenausbaubeiträge, diese bleiben gleich, so Bauamtsleiter Krupp-Aachen. Es gibt eine Baumaßnahme, die einen Betrag x kostet, davon werden die Straßenausbaubeiträge abgerechnet, es gibt einen Betrag y, der über bleibt und der wird gefördert.

Bei dem Feuerwehrverein gebe es jedoch eine besondere Situation. Die Erbbaupacht läuft noch 35 Jahre und danach müssen erst die Straßenausbaubeiträge durch den Verein erbracht werden oder wie verhält sich das hier, wird die Erbbaupacht hochgesetzt, fragt Ausschussvorsitzende Regina Blenkle.

Bauamtsleiter Krupp-Aachen sei sich fast sicher, dass der andere Teil der Großen Straße saniert werden soll und nicht der Bereich entlang der Feuerwehr.

Ausschussvorsitzende Regina Blenkle bittet, dies einfach einmal zu prüfen (***konnte zum Zeitpunkt der Fertigstellung der Niederschrift noch nicht geklärt werden.)***

Bauamtsleiter Krupp-Aachen sei sich sicher, dass das den Verein nicht betreffen würde, wenn dem so wäre, dann müsste man andere Möglichkeiten für den Weiterbestand des Vereines finden. Er denke, das würde man dann tun.

10.4. Ausschussvorsitzende Regina Blenkle spricht das Problem bezüglich Niendorfer Weg an, auf das Herr Ranzinger im gestrigen Wirtschafts- und Finanzausschuss hingewiesen habe. Hier seien wohl Missverständnisse bei den Anwohnern aufgetreten. Wurde das jetzt in Ordnung gebracht?

Dezernent Otto berichtet, dass Herr Ranzinger mitgeteilt hatte, dass die Informationszettel, die die bauausführende Firma für die Reparatur im Bereich Einmündung Niendorfer Weg in den Jungfernstieg verteilt habe, vertauschte Hausnummern enthalten haben. Auf den Zetteln standen wohl die Hausnummern 65 und 67 und es wohl 69 statt 67 heißen müssen. Ansonsten war eindeutig erkennbar, in welchem Bereich die Einmündung des Niendorfer Weges in den Jungfernstieg gesperrt ist, um diese Baumaßnahme durchführen zu können. Änderungen wurden jetzt nicht mehr von der Verwaltung veranlasst.

10.5. Stadtrat Manfred Blume erwähnt, dass sich der Bauausschuss letztens mit den Gehwegen, die sich in einem schlechten Zustand befinden, beschäftigt habe. Gibt es schon Gedankengänge oder Planungen, um diese Missstände abzustellen?

Die Straßenbaumaßnahme Alsteinstraße zwischen Bahnhof- und Schulstraße soll jetzt umgesetzt werden. Im Vorgriff auf die Maßnahme wurden vor wenigen Tagen die Bäume gefällt. Ansonsten gab es auch eine Aussage dazu, welche Dringlichkeit hier von den Stadträten gesehen wurde, erinnert Dezernent Otto.

Stadtrat Manfred Blume gehe es insbesondere um die Bornsche Straße - Höhe Stadtpark.

Die Verwaltung würde die Bornsche Straße lieber heute als morgen sanieren, aber es gibt z.B. noch die Gerikestraße, die auch dringend saniert werden müsste. Im Rahmen der Diskussion über den Haushalt 2015 müsse darüber geredet werden, welche Straße Priorität haben sollte, so Bauamtsleiter Krupp-Aachen.

10.6. Frau Schmidt trägt vor, dass sich die Bürger von Althaldensleben bei der Verwaltung bedanken, dass die Hinzenbergstraße für den LKW-Verkehr nunmehr gesperrt ist.

10.7. Weiterhin möchte Frau Schmidt darum bitten, dafür zu sorgen, dass der Penny-Markt nicht wieder eine Woche lang schließt, wie kürzlich passiert ist, und somit keine Versorgung stattfindet. In Althaldensleben gibt es 2 Altersheime, 1 Berufsschule und die älteren Leute kommen nicht nach Haldensleben, um dort einkaufen zu können.

Dezernent Otto könne nur wiederholen, dass die Stadt kein Unternehmen, auch keinen Einzelhändler zwingen kann, sein Geschäft zu öffnen. Für ihn sei es zwar unverständlich, warum Penny so lange geschlossen hatte, aber die Stadt habe keinerlei Handhabe, ihn zu zwingen, das nicht zu tun. Die Verwaltung werde das von daher auch für die Zukunft nicht verhindern können.

Frau Schmidt betont noch einmal, dass die Leute aus den Altenheimen versorgt werden müssen.

10.8. Des Weiteren weist Frau Schmidt auf den schlechten Zustand der Hinzenbergstraße entlang des Friedhofes in Richtung Südhafen hin. Diese Straße ist auch nicht beleuchtet, der Randstreifen ist nicht befestigt, es gibt keine Möglichkeit für den Radfahrer, auszuweichen. Es fahren dort aber viele Leute mit Fahrrad oder Auto entlang, weil sie zur Arbeit müssen. Sie musste aufpassen, dass man sie nicht umfährt und das sei ihr bei Tageslicht passiert. Hier sollte man sich einmal Gedanken machen, damit die Radfahrer weiterhin auch sicher sind. Die Arbeitsplätze wurden geschaffen, aber der Arbeitsweg muss dann auch entsprechend sicher gestaltet werden.

Die Ausschussvorsitzende fragt, ob die Stadträte etwas gegen das Rederecht der Gäste hätten – *das ist nicht der Fall.*

10.9. Frau Reinke erwähnt, dass die Gemeinde Barleben ein Energiekonzept aufstellen lassen habe durch den Bund. Dabei gehe es um die Energieeffizienz, die durch Gebäude verursacht wird usw. Ist das ein Thema für den Bauausschuss, wer beschäftigt sich in Haldensleben mit so etwas? Gibt es von den Stadtwerken dazu schon ein Konzept? Die Stadtwerke sind eine städtische Einrichtung, sie müssten sich eigentlich damit befassen.

Nach Meinung der Ausschussvorsitzenden wäre Energie ein Thema für den Bauausschuss.

Dezernent Otto schildert, dass es Gespräche mit den Stadtwerken gibt, auch Gutachten, die die Stadt werke in Auftrag gegeben habe, die auch im vergangenen bzw. vorletzten Jahr behandelt worden sind. Es gibt noch nicht das Energiekonzept, was es beispielsweise in der Gemeinde Barleben gibt, was auch andere Städte haben. Die Verwaltung sei aber gegenwärtig davon überzeugt, hier eine vergleichsweise preisgünstige Lösung für die Stadt Haldensleben realisieren zu können unter Inanspruchnahme von Europamitteln, die dafür fruchtbar gemacht werden könnten, weil das Ganze nicht nur am Ende dann möglichweise etwas bringt, sondern viel Geld kostet.

Bauamtsleiter Krupp-Aachen fügt hinzu, dass darüber hinaus die kommunalen Einrichtungen im Jahre 2000, 2004 das Thema Energieoptimierung untersuchen lassen haben. D.h., für die kommunalen Gebäude sei das schon erfolgt. Darüber hinaus habe die Stadt gegenwärtig in der Erarbeitung eine Quartiersuntersuchung des Wohngebietes um die Rottmeisterstraße herum, wo es relativ ähnliche Bautypen gibt. Hier wird eine Gesamtenergiekonzeption aufgestellt, wie man das Quartier insgesamt ertüchtigen kann. Was bisher nicht gemacht wurde, weil die Stadt gegenwärtig auch nicht erwarte, dass sie Fördermittel erhält und die Eigenmittel auch bereitstellen könne, ist dieses gesamtglobale Energiekonzept für eine Gesamtstadt. Der Ausschuss habe sich damit schon intensiv beschäftigt und in diesem Jahr werden auch Konzepte dafür erarbeitet.

Ausschussvorsitzende Regina Blenkle erinnert an ihre Nachfrage und die Ausschreibung zu den Dachflächen.

Das sei nicht weiter verfolgt worden, so Dezernent Otto, weil alle Firmen, die sich daran beteiligt haben, dann zurückgezogen haben und die Stadt keine wertbaren Angebote vorliegen hatte.

Dazu hätte die Ausschussvorsitzende andere Informationen.

Dezernent Otto spricht über die Risiken der Photovoltaikanlagen und diese wollte keine Firma übernehmen.

Regina Blenkle
Ausschussvorsitzende

Protokollführer